

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Einleitung	1
I. Das Phänomen der Begriffsrelativität und seine Bedeutung im Strafrecht	1
II. Ziel der Untersuchung	3
III. Gang der Darstellung	6
IV. Thematische Eingrenzungen	6
Erster Teil	
A. Die maßgeblichen Akteure	9
I. Die Legislative	9
II. Die Judikative	9
III. Der potentielle Straftäter	10
B. Verfassungsrechtliche Anknüpfungspunkte	13
I. Bestimmtheitsgrundsatz und Analogieverbot (Art. 103 Abs. 2 GG)	15
1. Die Erkennbarkeit des Strafbaren für den betroffenen Bürger	19
2. Demokratieprinzip und Gewaltenteilung	19
II. Das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung	19
III. Der Schuldgrundsatz	20
IV. Der allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	21

C.	Strafrechtliche Begriffsrelativität in Judikatur und Schrifttum.....	23
I.	Begriffsrelativität als Selbstverständlichkeit	23
II.	Kritik	29
III.	Das Fehlen eines klaren Maßstabs	33
D.	Sprachtheoretische/-philosophische Ausgangspositionen	35
I.	Die Unbestimmtheit sprachlicher Ausdrücke.....	35
1.	Terminologische Klarstellungen	36
a)	Intension und Extension	37
b)	Begriffskern und Begriffshof	38
2.	Die Vagheit linguistischer Ausdrücke und ihre Ursachen.....	38
3.	Die Mehrdeutigkeit linguistischer Ausdrücke und ihre Ursachen.....	41
a)	Mehrdeutige Begriffe	41
b)	Polysemie/Homonymie	42
II.	Die Kontextbezogenheit sprachlicher Ausdrücke.....	43
1.	Objektivität von Sprache – ein Mythos?.....	43
a)	Repräsentationalistische Bedeutungstheorien.....	43
b)	Objektivität als Objektbezogenheit	44
c)	Objektivität als Intersubjektivität	45
d)	Sprache als Praxis	45
2.	Sprache als holistisches Phänomen	46
a)	Das holistische Beziehungsgeflecht und die Kontextabhängigkeit von Bedeutung.....	46
b)	Träger der Bedeutung.....	50
c)	Hermeneutischer Zirkel.....	52
III.	Zwischenergebnis	53

E. Verfassungsrechtliche Prüfung	55
I. Gemeinsame Vorüberlegungen zur Vereinbarkeit strafrechtlicher Begriffsrelativität mit dem Bestimmtheitsgrundsatz und dem Analogieverbot	55
1. Keine Vereinbarkeit mit Art. 103 Abs. 2 GG bei dessen optimaler Geltung	55
2. Rechtscharakter, Rechtliche Grundlage und Bedeutung des Gesetzlichkeitsprinzips	56
a) Rechtscharakter	56
b) Rechtliche Grundlage und Beziehungen	56
c) Die Bedeutung von Bestimmtheitsgrundsatz und Analogieverbot als Bestandteile des Gesetzlichkeitsprinzips.....	59
3. Bestimmtheitsgrundsatz, Analogieverbot und die Auslegung von Normen des Strafrechts	64
II. Vereinbarkeit von Verwendungen zeichenkettenidentischer Begriffe in unterschiedlicher Sinngebungsabsicht mit Art. 103 Abs. 2 GG	66
1. Anforderungen und Maßstäbe des Bestimmtheitsgebotes an die Gesetzgebung	67
a) Spannungsverhältnis zwischen Bestimmtheitsgebot und dem Streben nach Einzelfallgerechtigkeit	67
b) Keine generelle Unzulässigkeit der Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe.....	70
c) Die Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	70
d) Kritik an der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Bestimmtheitsgrundsatz	71
e) Die Unmöglichkeit einer allgemeinen Festlegung	75
f) Das Kriterium der Verhältnismäßigkeit	79

g) Der Bestimmtheitsgrundsatz als Optimierungsgebot	81
2. Schlussfolgerungen	86
III. Vereinbarkeit von divergierenden Auslegungen zeichenkettenidentischer Begriffe mit Art. 103 Abs. 2 GG.....	94
1. Vereinbarkeit mit dem Analogieverbot.....	94
a) Anforderungen und Maßstäbe des Analogieverbotes an die Rechtsprechung	94
aa) Ausgangslage.....	94
bb) Die Wortlautgrenze als Abgrenzungskriterium	98
(1) Die traditionelle Ansicht von einer „isolierten“ Wortbedeutung und dem Primat der grammatischen Auslegungsmethode.....	102
(2) Holistische Ansätze.....	105
(3) Die Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	116
(4) Grammatische vs. systematische Auslegung.....	123
(a) Gegenstand der systematischen Auslegung und ihre Bedeutung für den Problemkreis der Relativität der Rechtsbegriffe.....	124
(b) Abgrenzungsfragen.....	129
(5) Grammatische vs. teleologische Auslegung.....	131
(a) Gegenstand der teleologischen Auslegungsmethode.....	131
(b) Bedeutung für den Problemkreis der Relativität der Rechtsbegriffe	133

(6) Alltags- vs. Fachsprache, historischer vs. gegenwärtigen Sprachgebrauch	138
(a) Die Lehre vom Vorrang der Fachsprache	141
(b) Die Lehre vom Vorrang der Alltagssprache.....	143
(c) Maßgeblicher Zeitpunkt	153
(7) Das Bundesverfassungsgericht zwischen Willkürkontrolle und Superrevision.....	158
(8) Bewertung der dargestellten Ansichten und Erwägung einer vermittelnden Lösung	163
b) Schlussfolgerungen.....	177
2. Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgebot	181
a) Anforderungen und Maßstäbe des Bestimmtheitsgebotes an die Rechtsprechung	181
aa) Theoretischer Ausgangspunkt	181
bb) Der Rechtsanwender als Adressat des Bestimmtheitsgebotes in der höchstrichterlichen Rechtsprechung.....	182
(1) Erste allgemeine Tendenzen	182
(2) Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	186
(3) Bewertung und Stellungnahme.....	189
b) Schlussfolgerungen.....	198
IV. Das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung.....	200
1. Anforderungen und Maßstäbe	200
2. Schlussfolgerungen	201
V. Der Schuldgrundsatz.....	201
VI. Der allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG).....	203

F. Zusammenfassende Thesen über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit bedeutungsdivergierender Verwendungen und Auslegungen zeichenkettenidentischer Begriffe im materiellen Strafrecht.....	207
---	-----

Zweiter Teil

A. Die „Waffe“	209
I. Vorkommen der Zeichenkette im Strafgesetzbuch	209
II. Relativität des Waffenbegriffs	210
1. Der technische Waffenbegriff.....	211
2. Der nichttechnische Waffenbegriff	212
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Unterscheidung zwischen technischem und nichttechnischem Waffenbegriff...216	
1. Zulässigkeit etwaiger bedeutungsunterschiedlicher Verwendungen	216
2. Zulässigkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen	217
a) Vereinbarkeit mit dem Analogieverbot	217
aa) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 113 StGB.....	217
bb) Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Schrifttum.....	219
cc) Beurteilung nach traditionellem Verständnis der Wortlautgrenze.....	221
dd) Beurteilung nach holistischem Verständnis.....	223
ee) Beurteilung unter Zugrundelegung des vermittelnden Lösungsansatzes.....	224
b) Vereinbarkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen mit dem Bestimmtheitsgebot.....	225
aa) Vereinbarkeit im Allgemeinen	225

bb) Vereinbarkeit mit dem speziellen Verschleifungsverbot.....	226
3. Ergebnis.....	228
B. Das „gefährliche Werkzeug“	229
I. Vorkommen und Besonderheit des gefährlichen Werkzeugs im Strafgesetzbuch	229
II. Relativität der Begrifflichkeit	230
1. Das herrschende Begriffsverständnis in den §§ 177 Abs. 4 Nr. 1, 224 Abs. 1 Nr. 2 und 250 Abs. 2 Nr. 1 StGB	230
2. Das herrschende Begriffsverständnis in den §§ 177 Abs. 3 Nr. 1, 244 Abs. 1 Nr. 1 lit. a und 250 Abs. 1 Nr. 1 lit. a StGB	232
3. Kritik an dieser Unterscheidung in Rechtsprechung und Schrifttum	237
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Unterscheidung... ..	243
1. Zulässigkeit etwaiger bedeutungsunterschiedlicher Verwendungen	243
2. Zulässigkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen.....	243
a) Vereinbarkeit mit dem Analogieverbot	243
aa) Beurteilung nach traditionellem Verständnis der Wortlautgrenze.....	244
bb) Beurteilung nach holistischem Verständnis	246
cc) Beurteilung unter Zugrundelegung des vermittelnden Lösungsansatzes.....	246
b) Vereinbarkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen mit dem Bestimmtheitsgebot	247
3. Ergebnis.....	254

C. Das „Gebäude“	257
I. Vorkommen der Zeichenkette im Strafgesetzbuch	257
II. Relativität des Gebäudebegriffs.....	257
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Unterscheidung ...	258
1. Zulässigkeit etwaiger bedeutungsunterschiedlicher Verwendungen	258
2. Zulässigkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen	259
a) Vereinbarkeit mit dem Analogieverbot	259
aa) Beurteilung nach traditionellem Verständnis der Wortlautgrenze.....	260
bb) Beurteilung nach holistischem Verständnis.....	262
cc) Beurteilung unter Zugrundelegung des vermittelnden Lösungsansatzes.....	262
b) Vereinbarkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen mit dem Bestimmtheitsgebot.....	263
3. Ergebnis.....	263
D. „Als Mitglied einer Bande [...] <i>unter Mitwirkung</i> eines anderen Bandenmitglieds“	265
I. Vorkommen und Besonderheit der Formulierung im Strafgesetzbuch.....	265
II. Relativität der Begrifflichkeit.....	266
1. Das herrschende Begriffsverständnis in den §§ 244 Abs. 1 Nr. 2, 244 a Abs. 1 StGB.....	267
2. Das herrschende Begriffsverständnis in § 250 Abs. 1 Nr. 2 StGB.....	269
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Unterscheidung ...	269
1. Zulässigkeit etwaiger bedeutungsunterschiedlicher Verwendungen	269

2. Zulässigkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen	271
a) Vereinbarkeit mit dem Analogieverbot	271
aa) Beurteilung nach traditionellem Verständnis der Wortlautgrenze.....	271
bb) Beurteilung nach holistischem Verständnis	272
cc) Beurteilung unter Zugrundelegung des vermittelnden Lösungsansatzes.....	273
b) Vereinbarkeit der bedeutungsdivergierenden Auslegungen mit dem Bestimmtheitsgebot	274
3. Ergebnis.....	274
E. Fazit	277
Zusammenfassung	279
Literaturverzeichnis	287

Begriffsrelativität im Strafrecht und das Grundgesetz
Strafrechtliche Bedeutungsdivergenzen auf dem
verfassungsrechtlichen Prüfstand

Hermann, J.B.

2015, XIX, 302 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-10655-3